

StuPa der HU am 16. Juni 2008

Antrag der Linken Liste an der HU – LiLi
"Keine Polizei in der Uni"

Das StuPa möge beschließen:

1. Beschlußtext: "Das Studierendenparlament (StuPa) der Humboldt-Universität zu Berlin verurteilt den Einsatz der Landeseinsatzeinheit der Brandenburger Polizei am 27. Mai 2008 in der Universität Potsdam aufs Schärfste. Mehr als einhundert Studierende hatten an diesem Tag mit lautstarken Protesten an ihrer Hochschule ihren Unmut gegen eine Veranstaltung mit der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, kundgetan. Dass dieser Protest, der die Veranstaltung mit der Politikerin letztendlich verhinderte, mit einem, nach Augenzeugenberichten, brutalen Polizeieinsatz auf dem Universitätsgelände beantwortet wurde, hält das StuPa für unbegründet, unverhältnismäßig und unverantwortlich. Polizei hat auf dem Campus nichts zu suchen, nicht in Potsdam, nicht in Berlin, nirgendwo."

2. Das Präsidium wird gebeten, den Beschluß an den AStA der Universität Potsdam (AStA Uni Potsdam, Am Neuen Palais 10, Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam), den dortigen Uni-Präsidenten (Universität Potsdam Präsidialamt, Am Neuen Palais 10, Haus 09, 14469 Potsdam) und den Präsidenten der Humboldt-Universität zu kommunizieren.

Begründung: Die Antragstellerin hält es prinzipiell für nicht hinnehmbar, dass Organe der Universität mit Polizeigewalt gegen Studierende vorgehen. Am häufigsten treten diese Fälle bei Besetzungsaktionen im Rahmen von Hochschulstreiks und ähnlichem auf. Dort, wie auch im vorliegenden Fall, kann nicht davon die Rede sein, dass der Einsatz zum Schutze von Leib und Leben Dritter oder auch nur von Sachwerten durchgeführt wurde. Es geht zumeist einzig und allein darum, eine politischen Manifestation mittels roher Gewalt (im konkreten Falle mussten u.a. 2 AStA-Mitglieder im Krankenhaus ärztlich versorgt werden) zu beenden. Solche Beispiele dürfen keine Schule machen, Studierende sollen ermutigt werden, direkt auf die Vorgänge an ihren Hochschulen Bezug und Einfluss zu nehmen. Angesichts der weiterhin autokratischen Hierarchien vor Ort erscheint uns politischer Protest ein adäquates Mittel der Teilhabe zu sein, dessen Ausübung ein hohes und schützenswertes Gut ist, weshalb der Einsatz in Potsdam Anlass zu dieser prinzipiellen Stellungnahme sein soll.